

# „Liberalismus ist immer ein Prozess“

## Keynote zur Dahrendorf Conference 2019 im WZB

Timothy Garton Ash

Biografisch hatte Ralf Dahrendorf in gewisser Weise Glück: Geboren 1929, hat er in den letzten 20 Jahren seines Lebens den größten Triumph von Freiheit und Liberalismus erlebt. Als er 2009 starb, begann gerade erst das, worin wir heute die große Krise des Liberalismus erkennen können. Ich will hier nicht den Bauchredner für Ralf Dahrendorf geben. Ich finde es eher illegitim zu fragen: Was hätte Orwell gesagt, was hätte Aron gesagt, oder eben: Was hätte Dahrendorf zur heutigen Krise gesagt? Ich will meine eigenen Gedanken über die Gründe der Krise darlegen und aufzeigen, was wir als Liberale tun sollten – freilich in Auseinandersetzung mit dem Denken von Ralf Dahrendorf.

Der Aufstieg des Illiberalismus in Ländern wie Ungarn oder Polen wird oft als Wiederkehr der Situation vor 1939 gesehen. Wenn man auf PiS in Polen schaut, kann man tatsächlich Elemente der Vorkriegszeit erkennen, und wenn man auf Orbán in Ungarn schaut, sieht man Elemente eines Horthyismus. Aber insgesamt ist dieses Argument überzogen. Zum Beispiel passt es überhaupt nicht auf Tschechien. Wenn die Tschechen auf die Zeit vor 1939 zurückblicken, dann finden sie Tomáš Garrigue Masaryk und nicht Horthy oder Piłsudski. Ich denke, der Schlüssel liegt eher im Erbe der 40 Jahre Kommunismus und den darauf folgenden Jahrzehnten der Transformation. Wir haben einen Populismus mit postkommunistischen Merkmalen. Der Einfluss von 40 Jahren Kommunismus war so destruktiv, er hat nicht nur demokratische Institutionen beschädigt, sondern auch die unabhängige Justiz und die Zivilgesellschaft – an der Dahrendorf so viel lag. Dazu kommt die Abschaffung des Privateigentums und der damit verbundenen Eigentumsrechte. Sehr viele der Probleme, die wir heute in Mittel- und Osteuropa sehen, haben mit der Schwierigkeit zu tun, dieses Erbe zu überwinden. Zum Beispiel sprechen wir oft über das Problem der Ungleichheit. Der ganz besondere Charakter der Ungleichheit im mitteleuropäischen Postkommunismus liegt darin, dass diese Ungleichheit ökonomisch diejenigen privilegiert, die vorher Mitglieder der herrschenden Klasse waren. Der arme und inzwischen verrentete Werftarbeiter in Gdańsk, der 1980 für Solidarność kämpfte und immer noch in seiner kleinen Wohnung lebt, sieht nicht nur, dass andere Menschen reich geworden sind. Er sieht, dass es Jerzy Urban ist, der ehemalige Sprecher von General Jaruzelski, der jetzt in einer traumhaften Villa lebt und extravagante Partys feiert. Zum Problem der Ungleichheit kommt also das Gefühl der historischen Ungerechtigkeit. Bei samtene Revolutionen fehlt es so wieso an revolutionärer Katharsis. Daher meine These, dass jede samtene Revolution eine Wahrheitskommission braucht. Es muss eine öffentliche Auseinandersetzung mit der schwierigen Vergangenheit geben, es muss eine klare Linie zwischen Vergangenheit und Zukunft gezogen werden.

Vieles hätten wir vorhersehen müssen. Wir hätten zum Beispiel wissen müssen, dass in Russland ein reaktionärer Rückschlag kommt. Wir hätten sehen müssen, dass ein Land, das über drei, vier Jahrhunderte eines der größten Reiche der europäischen Geschichte aufgebaut hat, dieses Reich nicht innerhalb von drei Jahren ohne jedes Zucken aufgibt. Die Entwicklung des chinesischen Systems ist ebenso eine Folge von 1989 wie all die zerbrechlichen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Am 3. Juni 1990 waren die europäische kommunistische Welt und die chinesische kommunistische Welt noch grob beschrieben im selben politischen Raum. Es war möglich sich vorzustellen, dass sich der chinesische Kommunismus durch Reformen entwickeln würde, und es war absolut vorstell-

bar, dass es in der europäischen kommunistischen Welt Repression geben könnte. Am 4. Juni 1990 gingen die Wege auseinander. An diesem Tag waren in Polen halbfreie Wahlen, bei denen Solidarność triumphierte; ein paar Monate später wurde der erste nicht kommunistische Premierminister seit 40 Jahren gewählt. Am selben Tag war das Massaker von Tian'anmen in China. Was wir nicht vorhersahen, war, dass die chinesische kommunistische Partei systematisch die Lektionen des Scheiterns des Kommunismus in Zentral- und Osteuropa und der Sowjetunion lernte und ein System entwickelte, das man in drastischer Verkürzung „leninistischen Kapitalismus“ nennen könnte. Ein System, das uns inzwischen bescherte, was wir in den 1990ern nicht hatten: einen größeren ideologischen Wettbewerber.

Wir Liberalen haben einiges nicht kommen sehen, und wir haben auch gewissermaßen fundamentale Fehler des kommunistischen Denkens wiederholt. Unser Fehler war es, in den Jahren nach 1989 zu glauben, der Triumph von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten sei das neue Normal, die Richtung, in die die Geschichte laufe. Im Irak glaubten einige Neokonservative, man müsse nur den Diktator beseitigen, und es würde eine Demokratie entstehen. Beim arabischen Frühling meinten die westlichen Medien, es gehe um ein zweites 1989. Aber das geschah eben nicht, denn – Überraschung! – wir wissen nicht, was als Nächstes passiert; wir wissen eben nicht, in welche Richtung sich Geschichte entwickelt. Das war ja der fundamentale intellektuelle Fehler des Kommunismus, zu glauben, es gebe wissenschaftlich ableitbare Gesetzmäßigkeiten der Geschichte. In den 1990ern und 2000er-Jahren ist der Liberalismus in gewisser Weise zu einem geschlossenen Denksystem geworden, zu einer Ideologie im abwertenden Sinne des Wortes. Was Dahrendorf – neben Karl Popper, Isaiah Berlin und John Stuart Mill – uns immer und immer wieder sagte, war, dass der Liberalismus kein System ist, sondern eine Methode, ein Prozess, ein konstanter Streit der Ideen. Daher ist die Redefreiheit nicht einfach ein liberaler Wert unter mehreren, sondern jener liberale Wert, der alle andern erst möglich macht.

Und es gibt noch einen dritten Fehler, für den Liberale eine Anleihe bei den Kommunisten machen. Ein Grundgedanke bei Karl Marx war, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Dieser Gedanke findet sich bei vielen wieder, wenn es um den Übergang zur Demokratie geht. Nehmen Sie Bill Clintons „It's the economy, stupid“ – das ist eine Art Vulgärmarxismus mit einem neoliberalen Gesicht. Dahinter steht der Glaube, dass, wenn nur die Wirtschaft funktioniert, andere Aspekte der Gesellschaft einfach folgen würden. Nun funktionierte bei uns ja nicht einmal die Wirtschaft, wie sie funktionieren sollte. Die Finanzkrise von 2008/9 war größer als die von 1929, und die finanzialisierte Globalisierung bescherte uns Ungleichheit in einem Ausmaß, das Großbritannien oder die USA seit hundert Jahren nicht gekannt hatten. Aber die Reduzierung des Liberalismus auf diese einzige Dimension des Wirtschaftlichen war selbst und in sich schon ein Fehler. Auch in großen Teilen des postkommunistischen Europa denken die Menschen, wenn sie das Wort „Liberalismus“ hören, an den freien Markt, sie denken nicht an sozialen oder politischen oder kulturellen Liberalismus. Dabei ist die kulturelle Dimension so bedeutend. Auch in Großbritannien und den USA, wo die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen extrem ist, gilt doch: Die ungleiche Verteilung von Aufmerksamkeit und Respekt ist mindestens so wichtig, wenn man die antiliberalen Welle des Populismus erklären will. In Polen hat Maciej Gdula gezeigt, dass es keineswegs nur die Armen sind, die die PiS-Partei unterstützen, sondern auch eine neue Mittelklasse, die ökonomisch gerade aufsteigt. PiS spricht über die Umverteilung von Würde – nicht von Geld, sondern von Würde. Und die AfD ist in gewisser Weise das beste Beispiel für die Bedeutung der kulturellen Dimension. Deutschland ist eins der reichsten Länder Europas, und vier Fünftel der AfD-Wähler bezeichnen denn auch ihre persönliche ökonomische Situation als gut oder sogar sehr gut. Und doch wählten sie AfD. It's not the economy, stupid.

Hier müssen sich die Liberalen wirklich selbst hinterfragen. Pierre Hassner, der brillante französische Analyst der internationalen Beziehungen, wies schon 1991 in einem Text für die Zeitschrift *Esprit* darauf hin, dass wir bei aller Freude über den Triumph von Freiheit und Universalismus nicht übersehen dürften, dass es weiterhin die Bedürfnisse und Sehnsüchte gibt, die in der Vergangenheit



Der Historiker und Autor Timothy Garton Ash ist Professor für Europäische Studien an der Universität Oxford, wo er auch das „Dahrendorf Programme for the Study of Freedom“ leitet. Bei der Dahrendorf Conference 2019 „Democracy and Civil Society in Europe“ Anfang Dezember 2019 im WZB hielt er die Keynote Speech unter dem Titel „Ralf Dahrendorf and the Crisis of Liberalism Today“, von der wir freundlicherweise eine stark gekürzte und übersetzte Fassung veröffentlichen dürfen. (Foto: WZB)

zum Sozialismus und zum Nationalismus geführt haben. Er nennt die Sehnsüchte nach Solidarität und Gleichheit auf der einen und nach Gemeinschaft und Identität auf der anderen Seite.

Zum Schluss noch ein paar Hinweise zu der Frage: Was muss geschehen? Ich denke, dass wir Liberalen, im breitesten Sinn des Wortes, selbstkritische Kämpfer sein müssen. Wir müssen sehr wohl gegen die Kräfte des Antiliberalismus kämpfen. Die Tatsache übrigens, dass ich in den letzten drei Jahren mindestens 20 Bücher über den Tod des Liberalismus gelesen habe, ist für mich der beste Beweis dafür, dass der Liberalismus lebt. In Ostdeutschland und Osteuropa fand sich in den Buchläden der 1980er-Jahre kein einziges Buch über den Tod des Kommunismus. Auch deswegen war der Kommunismus tot. Wir müssen aber auch konstruktive Vorschläge entwickeln, vor allem in der Suche nach Solidarität und Gleichheit, Gemeinschaft und Identität. Hier kann uns Ralf Dahrendorf weiterhelfen. In einem langen Aufsatz über die zukünftigen Aufgaben des Liberalismus schreibt er von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Grundes, auf dem alle Männer und Frauen stehen können. Das ist heute noch ziemlich radikal: Es ist der Gedanke eines garantierten Grundeinkommens. Dahrendorf schreibt, dass das dem Prinzip eines liberalen, sozialen Staates eindeutig am nächsten käme. Und im Blick auf Gemeinschaft und Identität ging es für Dahrendorf – wie auch für Isaiah Berlin – nicht nur um einen Begriff von Zugehörigkeit, sondern um ein Gefühl des Dazugehörens („Belonging“ heißt es bei Berlin). Jedenfalls können wir nicht bei der Analyse vergangener Fehler stehen bleiben. Wir müssen auch Antworten finden auf die ideologische Herausforderung durch China, absolut zentral auf den Klimawandel, auf die digitale Revolution, insbesondere ihre nächste Phase, in der die Künstliche Intelligenz die Arbeitswelt und die strategischen Beziehungen radikal verändern wird. Diese Antworten werden wir nicht in einigen Wochen oder Monaten finden. Wir brauchen drei Schritte: das grundsätzliche Überdenken der Herausforderungen des Liberalismus, die Übersetzung in Politikentwürfe und dann in eine Politik, die auch Wahlen gewinnen kann. Und darauf kommt es an.